Was uns droht

Zeitenwende Die Sanktionspolitik gegenüber Russland und China führt zur Deglobalisierung – und so bald zum Weltkrieg?

■ Michael Jäger

Bisher haben die Menschen das eigentlich Neue in unserer neuen Situation noch nicht erfasst. Sie diskutieren über den Sinn oder Unsinn von immer mehr Waffenlieferungen in die Ukraine, einige auch über eine vielleicht mögliche Verhandlungslösung, die den Krieg beenden könnte. Aus der ukrainischen Führung kam kürzlich das bemerkenswerte Statement, aus ukrainischer Sicht müsse der Krieg noch vor dem Winter beendet sein. Eigentlich wäre dasselbe aus deutscher Sicht zu sagen. Wegen des Problems der Gasheizung. Aber selbst wenn es zu einer Verhandlungslösung käme, würde sie den angelaufenen Prozess, möglichst alle ökonomischen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland abzubrechen, nicht rückgängig machen. Dieser Abbruch ist fest eingeplant. Und auch China, das doch gar keinen Krieg führt, ist in den Prozess einbezogen. Diese neue Tendenz in den internationalen Beziehungen, für die es auch schon einen Namen gibt – Deglobalisierung – ist bei allem Unheil, von dem die Ukrainerinnen und Ukrainer heute heimgesucht werden, das für sie selbst und die ganze Welt noch weit Gefährlichere.

Denn wir reden nicht von einem Naturprozess. Die Deglobalisierung wird gemacht, unter Führung der USA. Man muss deshalb fragen, um welchen Ziels willen. Dabei schärft es den Blick, wenn wir China in den Fokus nehmen. Nancy Pelosi, die Vorsitzende des US-Kongresses, fährt aus heiterem Himmel nach Taiwan, wohl wissend, dass China darin einen Angriff auf die einst mit den USA ausgehandelte „Ein-China-Politik" sieht. Obwohl China mit einem Militärmanöver reagiert, das an das russische kurz vor dem Überfall auf die Ukraine erinnert, folgen weitere US-Abgeordnete, auch deutsche Abgeordnete. Warum nur, warum?

China hat infolge dieser Reisen die ökologische Zusammenarbeit mit den USA abgebrochen. Deglobalisierung gerade gegen China wird aber ohnehin allenthalben gefordert. Wenn es nur um Russland ginge, das wäre für die Weltwirtschaft gar nicht so einschneidend. Selbst in Deutschland, das jetzt so sehr mit den Folgen der Trennung vom russischen Gas kämpft, hat Russland nur einen Anteil von zwei bis drei Prozent am Außenhandelsvolumen. Der Anteil Chinas beträgt zehn Prozent. In den USA ist er so groß – aus keinem Land importieren sie mehr als aus China –, dass schon von einem fiktiven Land namens Chimerika gesprochen wurde. Aber jetzt wollen sie sich von China abnabeln, und dasselbe wird von uns Deutschen gefordert. „Chinas Aufstieg ist keinem anderen Land so zugutegekommen wie Deutschland", sagt Dalia Marin, Professorin für internationale Wirtschaft von der Technischen Universität München. Trotzdem müssten wir ein paar Wachstumsprozente opfern, denn „wir sind in einer neuen Situation".

Nordstream 2 in Betrieb zu nehmen, das wäre die richtige Folgerung

Worin soll sie denn bestehen? Was hat China Neues getan im Vergleich mit, sagen wir, der Zeit um die Jahrtausendwende? Nun, es ist ökonomisch stärker geworden. Die USA fühlen sich in ihrer Vormachtstellung bedroht. Zu einer verschärften Auseinandersetzung mit China hat US-Präsident Joe Biden die „freie Welt" sehr bald nach seinem Amtsantritt aufgerufen. Und worin soll die Verschärfung bestehen? In der *FAZ* konnte man schon lesen, zur vom Kanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen „Zeitenwende" habe es auch deshalb kommen müssen, weil die USA bei einer etwaigen militärischen Auseinandersetzung mit China nicht auch noch Europa gegen Russland verteidigen könne. Es wird also schon ganz offen vom Dritten Weltkrieg gesprochen. Warum gibt es die Deglobalisierung? Warum bereitet sich der Westen auf eine möglichst weitreichende Autarkie vor, in der er jedenfalls auf Russland und China nicht mehr angewiesen wäre? So undenkbar es auch erscheinen mag – es kann sich darum handeln, dass die Räume der Globalisierung, eben noch als Menschheitsfortschritt gepriesen, für den Weltkrieg präpariert, dass sie vorsorglich in Raumfragmente zerbrochen werden.

Aber wenn wir uns jetzt wieder dem Ukrainekrieg zuwenden, müssen wir erkennen, dass die irre Beschleunigung im aktuellen Geschehen – Jürgen Link spricht von einer „Zeitkontraktion" – lange vorbereitet war in einem Prozess, der spätestens 2008, zugleich also mit der jüngsten Weltfinanzkrise begann. In jenem Jahr forderte der US-Botschafter in Schweden, Michael M. Wood, die Regierung in Stockholm auf, den Bau der teils durch schwedische Hoheitsgewässer führenden Gaspipeline Nordstream 1 zu verhindern. Er äußerte das in der Tageszeitung *Svenska Dagbladet*. Diese Aktion, in der Deutschland vor aller Welt wie ein Feindstaat behandelt wurde, war ein Novum. Und es ging so weiter, als Nordstream 2 im Bau war. Gegen Deutschland wurden Sanktionen verhängt. Als Joe Biden US-Präsident geworden war, kam es zwar zu einer Einigung mit der deutschen Regierung unter Olaf Scholz. Nordstream 2 wurde nun unter der Bedingung bewilligt, dass russisches Gas nicht als Druckmittel gegen die Ukraine eingesetzt werde. Aber wenig später und wie auf Bestellung setzte Russland noch ganz andere Druckmittel ein. Die deutsche Regierung wartete den russischen Überfall auf die Ukraine gar nicht ab, sondern legte Nordstream 2 schon zwei Tage vorher ad acta.

Wandel durch Handel

Fast Tag für Tag belehrt man uns jetzt, wie falsch es gewesen sei, sich mit den Pipelines „in russische Abhängigkeit" begeben zu haben. Aber erstens war diese Abhängigkeit wechselseitig, das heißt, es war gar keine. Wenn Russland nicht auch vom Westen abhängig gewesen wäre, hätte ja die ganze Sanktionspolitik gegen Russland keinen Sinn gehabt. Wechselseitige Abhängigkeit war das Wesen der Globalisierung. Und ja, sie diente dem Frieden. Um noch einmal Daria Marin zu zitieren: „Das Fundament der Europäischen Union ist ja das Kohle- und Stahl-Abkommen, wo es darum ging, die deutsche und die französische Industrie so abhängig voneinander zu machen, dass kein Krieg mehr in Europa stattfindet. Das hat funktioniert." Wenn jetzt behauptet wird, die russische Aggression zeige, dass „Wandel durch Handel" nicht funktioniere, werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Denn die russische Aggression ist dem Wirtschaftskrieg gegen die Handelsbeziehungen nicht vorausgegangen, sie ist ihm gefolgt. Was zum Zweiten führt: Überlegungen zur Pipeline gab es seit 1995, eine erste Machbarkeitsanalyse wurde 1997 von Gazprom durchgeführt. Da war noch Boris Jelzin russischer Präsident.

Wechselseitige Abhängigkeit dient dem Frieden. Sie zu zerschlagen dient dem Weltkrieg. Und der erste Schlag musste sich gegen Deutschland richten, das seit Langem versucht hat, zwischen dem Westen, in dem es selbst nicht die unwichtigste Rolle spielt, und Russland zu vermitteln.

Wie hängt denn aber, wird man fragen, der Ukrainekrieg mit der amerikanisch-chinesischen Auseinandersetzung zusammen? Wenn man Georg Fülberth folgt, könnte er die Rolle einer „Initialzündung" spielen, „wie in den Marokko-Krisen (1904–1906, 1911), dem Bosnienkrieg von 1908 und bei dem Mordanschlag auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo am 28. Juni 1914. Darauf folgte der Erste Weltkrieg". Herfried Münkler schrieb am Tag nach dem russischen Überfall, die Neutralität der Ukraine auszuhandeln habe dem Westen nicht in die Pläne gepasst: Er habe „die Ukraine in die Falle laufen lassen".

Bleibt die Frage, wie sich die Menschen gegen den drohenden Weltbrand zur Wehr setzen können. Obwohl alle neueren Weltkriege auf dieselbe Art zu entstehen scheinen, nämlich in der Folge von Weltwirtschaftskrisen – nach derjenigen von 1873 ff. folgte der imperialistische Wettlauf, der zum Ersten Weltkrieg führte, nach dem New Yorker Börsenkrach von 1928 erstarkte in Deutschland die Hitlerbewegung –, muss der Widerstand doch jedes Mal eine besondere Gestalt annehmen. So suchte vor 1914 die internationale Arbeiter:innenbewegung den Krieg zu verhindern. Man appellierte an die Solidarität der Arbeitenden dies- und jenseits der Feindfronten. Vor 1939 gab es die Auseinandersetzung mit den Faschisten, deren Weg in den Weltkrieg für jedermann offenkundig war. Heute sind wir in einer ähnlichen Situation wie die Arbeitenden vor 1914, obgleich es eine Arbeiter:innenbewegung nicht mehr gibt. Das Vergleichbare ist aber, dass der Frieden gegen beide Kriegsparteien, das sind heute der westliche wie der russische Imperialismus, erkämpft werden muss. Wir müssen den Skandal an die Wand malen, der darin besteht, dass sie die ökonomischen Adern und das Gewebe der heute lebenden Menschheit zerschneiden. Wir müssen rufen: Nehmt Nordstream 2 in Betrieb!

ANZEIGE

Frieden braucht Sie!

Ein Aufruf

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

die aktuellen Kriege und internationalen Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen um das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung dramatisch zurück: dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und einem Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen.

Sie als Abgeordnete haben mit Ihrem Budgetrecht entscheidenden Einfluss darauf, welche Rolle Deutschland zukünftig in der internationalen Zusammenarbeit spielt.

Investieren Sie mehr in den Frieden!

Setzen Sie sich in dieser Legislaturperiode dafür ein, dass die Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung deutlich ausgebaut werden und Jahr für Jahr steigen. Stärken Sie Deutschlands Friedensfähigkeiten.

Unterzeichnen Sie die Abgeordnetenerklärung auf:

www.frieden-stark-machen.de

Unterzeichnende: Jörg-Udo Aden, Werner Amend, Dr. Raimund Arnold, Rainer Augustin, Andrea Bauer, Regina Bayer-Haselberger, Horst Behr, Ursel Behr, Prof. Dr. Manfred Belok, Doris Bengsch, Susanne Bergengruen, Ruprecht Beuter, Esther Binder, Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Helene Bleich-Tiemann, Renate Blumenstingl-Dettmer, Dr. Andrea Böhm, Christoph Bongard, Dr. Dorothea Brinkmann-Herz, Matthias Brockes, Isolde Brückner, Inge Debringhausen-Mulzer, Gerd Dellmann Binder, Siegfried Dan, Gisela Daunis, Gerlinde Ehrenfeuchter, Dr. Tilman Evers, Karl Alfred Fauß, Monika Fauß, Gerhard Fecher, Insa Geppert, Michael Gessner, Leif Grahn, Petra Gramer, Edith Grewe-Wehrmann, Rudolf Gumberger, Annalene Hahn, Dr. Dirk-Michael Harmsen, Helmut Hauck, Raimund Heldrich, Adolf Herzog, Dorothea Hoffmann, Werner Höner, Rainer Hub, Dr. Anita Idel, Dr. Gisela Irmisch, Prof. Dr. Angelika Iser, Axel Jasapy, Kurt-Dieter Jünger, Gisela Käb, Mariathres Kaleß, Ellen und Michael Keimburg, Bärbel Keyl, Lieselotte Kirsten, Daniel Knabe, Oliver Knabe, Hans-Hartwig Lau, Hans-Werner Lawrenz, Maria Leidorf, Dr. Hans-Georg Lewek, Christine Liedgens, Dr. Eberhard Löschcke, Dr. Jürgen Maguhn, Sabine Menn, Andrea Meupel, Peter Meiwald, Felicitas Menges, Adelheide Methou, Marc Michalsky, Lorenz Müller, Dr. Karin Müller-Scheffsky, Maria Munro, Josef-Günter Neideck, Maria Neideck, Friederike Newiger, Charlotte Niedernolte, Inge Niewerth, Andreas Noth, Volker Petalong, Ursula Pöppinghaus, Friedrich Pudimat-Rahlf, Carmen Rahlf, Barbara Reinhard, Thomas Ries, Werner Ross, Erich Ruhl-Bady, Hedwig Rückert, Reinhilde Salzmann, Meta Schacht, Michael Schauer, Peter-Ulrich Schedensack, Kersti Schittko, Dr. Reinhard Schmeer, Stefan Schmidt, Ulrike Schmidt-Hesse, Renate Schmidtsdorff-Aicher, Friedhelm Schneider, Mechthild Schreiber, Hans Schüren, Helmut Schwarzenberger, Hanna Siebecke, Hans Stemm, Dr. Klaus Günter Steinhäuser, Waltraut Steinhäuser, Gerhard Storck, Rudi Thureu, Renate Ude, Wiebke Umbach, Christiane van Hove, Dr. Gertrud Vester, Adda-Benita von Hofacker, Dr. Reinhard J. Voß, Dietrich Weack, Heinz Wagner, Prof. Dr. Roderich Wahsner, Pfarrerin Angelika Weigt-Blätgen, Jutta Weiß, Siegfried Wentzel, Gisela Wenzlaff, Katharina Werner, Dr. Wolfgang Werth, Lydia Westhoff-Titze, Ursula Wiebe, Heinz Wienand, Dr. Ulrich Willers, Günter Wimmer, Dr. Ursula Wischer, Angelika Woodroffe, Ursula Zapf und Dorothea Zwingmann

V.i.S.d.P.: forumZFD Forum Ziviler Friedensdienst e.V. | forumZFD | Am Kölner Brett 8 | 50825 Köln | www.forumZFD.de